

**Rede  
der Sprecherin für Mobilität und Verkehrspolitik**

**Dr. Dörte Liebetruth, MdL**

zu TOP Nr. 4a

Aktuelle Stunde

**Kommunale Straßen und Radwege in Gefahr: Rot-Grüne Bremse für den Infrastrukturausbau lösen!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/2778

während der Plenarsitzung vom 09.11.2023  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sorgen für den Infrastrukturausbau, auch in ländlichen Räumen. Und an die CDU gerichtet, die diesen Antrag zur Aktuellen Stunde gestellt hat, möchte ich deutlich machen: Wo keine Bremse beim Infrastrukturausbau in ländlichen Räumen ist, kann man auch keine Bremse lösen.

Kommunale Straßen und Radwege werden über das Niedersächsische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz jährlich mit 75 Millionen Euro gefördert. Die Förderquote beträgt bei Radverkehrsprojekten 75 Prozent, bei Straßenbauprojekten bis zu 75 Prozent. Darüber hinaus gibt es noch weitere spezielle Förderprogramme für den Radverkehr. Es geht also vorwärts, und das in unvermindertem Tempo.

So ist das im Jahr 2023, und so wird das auch im Jahr 2024 bleiben, nämlich bei 75 Millionen Euro für den kommunalen Radwege- und Straßenbau über das Niedersächsische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Wir befinden uns zwar noch mitten in den Beratungen zum Landeshaushalt 2024, aber das steht schon fest.

Um hier mal konkret zu werden: Sie können sich sicher sein, dass wir sehr eng und vertrauensvoll mit Minister Olaf Lies zusammenarbeiten.

Wir reden hier auf Grundlage eines rot-grünen Koalitionsvertrages, der für fünf Jahre abgeschlossen wurde. Wir werden den Turbo für den Öffentlichen Personennahverkehr, den wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, noch nicht im Jahr 2024 zünden können. Die nötigen zusätzlichen Mittel für Bus und Bahn fehlen für das kommende Jahr. Aber wir bleiben dran. Dieser Koalitionsvertrag ist für fünf Jahre abgeschlossen.

An dieser Stelle möchte ich an einen großen niedersächsischen Sozialdemokraten namens Peter Struck erinnern. Er hat nämlich einmal gesagt, es geht nichts aus dem Parlament heraus, wie es in das Parlament hineingekommen ist. Das gilt auch für den Landeshaushalt.

Denn hier ging es zum Beispiel konkret um den Geh- und Radweg an der K 146 von Dipshorn im Landkreis Rotenburg bis zur Verdener Kreisgrenze. Das, was ich gerade gesagt habe, bedeutet, dass dieser Rad- und Gehweg weiterhin gute Chancen hat, sehr zeitnah realisiert zu werden.

Wir wissen, dass wir auch Radwege brauchen, um die Mobilitätswende voranzubringen, und dass E-Autos auch Straßen brauchen, auf denen sie fahren können.

Ich mache es sogar kürzer und komme einfach auf Ihre Ausgangsfrage zurück,  
liebe CDU. Kommunale Straßen und Radwege sind bei uns in guten Händen.  
Freie Fahrt voraus!